**Lars Klinnert**

# DIE KIRCHE IM DORF LASSEN ... EIN PLÄDOYER FÜR DIE PAROCHIE

## ANMERKUNGEN ZU DEN REFORMBEMÜHUNGEN IN DER WESTFÄLISCHEN LANDESKIRCHE

Wenn eine Institution ihre Situation pessimistisch beurteilt, erscheinen radikale Veränderungen häufig als letzte Chance. Dabei besteht allerdings die Gefahr, dass das Streben nach Innovation und Strukturwandel zum Selbstzweck wird und eine realistische Würdigung des Bewährten verhindert.

In allen Landeskirchen überlegt man, wie angesichts sinkender Finanzmittel und schwindender gesellschaftlicher Relevanz Strukturen verändert werden müssen. Auch die Evangelische Kirche von Westfalen hat im vergangenen Jahr unter dem Titel „Kirche mit Zukunft“[1] so genannte „Zielorientierungen“ (8) für eine Organisationsreform vorgelegt, über die auf der Landessynode im Herbst 2001 erste Entscheidungen getroffen werden sollen. Große Teile dieser Vorlage sind durchaus nützlich: Die Situation der Kirche in der Gesellschaft, ihre Aufgaben und Angebote sowie die Anforderungen an die Kompetenzen der Pfarrerin bzw. des Pfarrers werden zwar knapp und meist ohne explizite theologische Reflexion, aber dennoch weitgehend zutreffend und präzise zusammen gefasst. Fragwürdig sind allerdings manche praktischen Konsequenzen, die aus dieser Beschreibung gezogen werden.

Zwar wird im ersten Kapitel der „Wandel von der Behördenstruktur [...] zur [...] flexiblen Organisation“ (8) beschworen; was jedoch am Ende folgt, lässt genau das Gegenteil erwarten: Das vermeintliche Zauberwort heißt „Fusion“ (91 u. ö.). Dahinter verbirgt sich eine Funktionalisierung, Zentralisierung und Anonymisierung kirchlicher Arbeit. Diese Einschätzung soll an drei Beispielen verdeutlicht werden.

[1] Evangelische Kirche von Westfalen – Die Kirchenleitung (Hg.): Kirche mit Zukunft. Zielorientierungen für die Evangelische Kirche von Westfalen, Bielefeld 2000. (Die in Klammern gesetzten Seitenzahlen hinter den folgenden Zitaten beziehen sich auf dieses Dokument.)

1. Die Reformvorlage plädiert für mehr Funktionspfarrstellen. Sie fordert, dass „die prozentuale und strukturelle Priorität der gemeindlichen Dienste gegenüber den gemeinsamen Diensten einem ausgewogenen und landeskirchlich einheitlich definierten Verhältnis weichen“ (76) müsse. Offensichtlich soll hier neben der von der Kirchenordnung vorgesehenen presbyterialen Grundstruktur eine zentralistische Parallelstruktur entstehen. Schon jetzt sind in der westfälischen Landeskirche mehr als ein Viertel der Pfarrerinnen und Pfarrer im so genannten Entsendungsdienst tätig, werden also nicht von den Gemeinden gewählt, sondern von der Kirchenleitung entsandt. Man kann in der Tat fragen, ob die westfälische Landeskirche zu einem zentral und hierarchisch gesteuerten Unternehmen umgewandelt werden soll, in dem die Gemeinden nur noch eine Art Zweigstellen darstellen. Doch auch wenn man dies nicht unterstellen möchte: Die Anonymisierung kirchlicher Strukturen wird so jedenfalls vorangetrieben, der Eindruck, in der Kirche nicht mitentscheiden zu können, verstärkt.

   Aus der Feststellung, dass in Großstädten sowohl die Zahl der Austritte als auch die Zahl der Funktionspfarrstellen besonders hoch seien, wird von den Verfassern erstaunlicherweise auf eine „größere [...] Akzeptanz spezialisierter Dienstleistungen“ (28) dort geschlossen. Dabei macht doch gerade die Kombination dieser beiden Fakten offenkundig, dass funktionale Dienste keinerlei positive Auswirkung auf die Mitgliederbindung haben. Im Gegenteil scheint es dort, wo gemeindliche Dienste in regionale Serviceleistungen überführt werden, in der Regel zur Entfremdung zwischen Kirche und Kirchenvolk zu kommen[2]: So hat z. B. der Wandel von der Gemeindeschwester zur Diakoniestation – mag er auch aus extrinsischen Gründen (u. a. durch die Einführung der Pflegeversicherung) unumgänglich gewesen sein – dazu geführt, dass die Diakonie oft nur noch als ein Pflegedienst unter anderen wahrgenommen wird. Wenn auf dem Land die Austrittszahlen geringer sind als in den Ballungsräumen (vgl. 28), spricht dies eher dafür, gemeindliche Sozialstrukturen auch in den Städten stärker zu fördern.

   Doch nicht nur von funktionalen Diensten, sogar von „funktionalen Gemeinden“ (34) ist bereits die Rede. Anstatt die gemeindlichen Angebote attraktiver zu machen, will man „über die Parochie hinaus Zugänge zu schaffen“ (8). Dass zentrale Veranstaltungen, Einrichtungen und Pfarrämter auf regionaler wie überregionaler Ebene sinnvoll und unverzichtbar sind, wird niemand bestreiten.

[2] Diesen Eindruck zu bestätigen (oder gegebenenfalls auch zu falsifizieren), wäre ein interessanter Gegenstand für eine empirische Untersuchung.

Sie sollten jedoch den Ortsgemeinden keine Konkurrenz machen, sondern sich als Ergänzung zu ihnen verstehen.

2. Als weiteres Ziel werden größere Gemeinden angestrebt. Ein zentraler Vorschlag lautet, dass Stadtteilgemeinden sich künftig durch mindestens 10.000 Gemeindeglieder und deutlich weniger Predigtstätten als Pfarrstellen auszeichnen sollen. Man geht wie selbstverständlich davon aus, dass „nicht an jedem Standort ein ‚volles Grundangebot'" (72) vorgehalten werden müsse, da „innerhalb der Kommune [...] viele Mitglieder durchaus mobil" (ebd.) seien. Dass natürlich die Gottesdienste zunächst besser besucht sein werden, wenn deren Zahl insgesamt reduziert wird, ist eine Milchmädchenrechnung. Langfristig werden jedoch manche Gemeindeglieder den längeren Weg zur Kirche eher scheuen: Potentielle Mobilität bedeutet noch lange keine tatsächliche Bereitschaft, zum Erreichen eines Angebotes größere Entfernungen auf sich zu nehmen. Hinzu kommt die symbolische Wirkung: Wo Kirchen geschlossen werden, kann dies auch als Resignation erscheinen; die beklagte „Defensivmentalität" (10) kommt damit voll zum Ausdruck. Man sollte also nicht einerseits gegen die vorhandene „Komm-Struktur" (22) polemisieren, andererseits aber lokale Kontaktmöglichkeiten mit der Kirche in großem Maße abbauen. Oder wird man demnächst vorschlagen, Kirchen und Gemeindehäuser zwecks Kostenersparnis ganz abzuschaffen, da ja die meisten Gemeindeglieder durchaus in der Lage seien, über das Internet miteinander zu kommunizieren?

   Zu Recht heißt es in der Reformvorlage: „Letztlich kann die Vermittlung von Christlichem [...] nicht gelingen, wenn sie nicht durch eine soziale Gemeinschaft getragen wird." (21) Die Frage ist, wie eine solche Gemeinschaft entstehen soll, wenn sich kirchliche Angebote nur noch an bestimmte Zielgruppen richten. In der Praxis stellt man sich das z. B. so vor, dass ein traditioneller Gottesdienst mit Orgelmusik am Sonntagmorgen, ein Gospelgottesdienst am Sonntagabend stattfinden könne (vgl. 73). Die Rede ist hier wohlgemerkt nicht von gelegentlichen Alternativangeboten, sondern von der Abschaffung des Gemeindegottesdienstes als Zentrum kirchlichen Lebens. Da ist es bis zu getrennten Abendmahlsfeiern für Rotweintrinker und Weißweintrinker nicht mehr weit! Auf die besonderen Bedürfnisse bestimmter Gruppen von Menschen einzugehen, darf nicht dazu führen, dass die Gemeinde als ganze aus dem Blick gerät. Sollte es der Kirche nicht gelingen, dass Oma und Enkelin am Sonntagmorgen gemeinsam sowohl Choräle als auch Gospels singen?

   Wenn die Reformvorlage betont, dass auch bei den so genannten Kirchenfernen „der Wunsch nach Gemeinschaft und Gemeinde" (31) besteht, muss die-

sen auch die Chance gegeben werden, in unterschiedlicher Intensität an dieser sozialen Gemeinschaft teilzuhaben: „Die Kirche sollte die [...] Begleitung an den Eckpunkten des Lebens [...] mit besonderer Sorgfalt gestalten, damit diese Anlässe zu Begegnungen werden können, in denen [...] neue Bindungen wachsen können.“ (14) Dazu muss die Kirche aber als vielfältige Gemeinschaft konkreter Menschen erkennbar sein und darf sich nicht in abrufbaren, auf Zielgruppen zugeschneiderten Dienstleistungsangeboten erschöpfen. In der Tat ist es ja schon heute oft so, dass z. B. Hochzeitspaare den Ort ihrer Trauung nicht nach der Bindung an eine Gemeinde, sondern nach der Architektur der Kirche auswählen. Doch anstatt solchen Tendenzen zu Individualisierung, Anonymität und unverbindlicher Konsummentalität entgegenzuwirken, geht die westfälische Kirche voll mit dem Trend. In eine ähnliche Richtung zielt der Vorschlag, dass Amtshandlungen künftig bei einem für alle Pfarrbezirke zuständigen Gemeindebüro angemeldet werden sollen: Am Anfang stünde dann nicht mehr die persönliche Kontaktaufnahme mit der Pfarrerin bzw. dem Pfarrer, sondern der Gang zur Behörde.

Es ist eine bloße Behauptung, dass es „nur in größeren Einheiten [...] ein Miteinander mit verschiedenen Begabungen und Qualifikationen, die ein differenziertes Angebot und damit Nähe zu allen Mitgliedern ermöglichen“ (70), gebe. Eine punktuelle Kooperation zwischen kleinen Gemeinden in immer wieder neu zu verabredenden gemeinsamen Arbeitsfeldern verspricht jedenfalls mehr Synergieeffekte als die zu erwartenden Macht- und Verteilungskämpfe in einem großen Gesamtpresbyterium. Besondere Begabungen und Ideen einer Pfarrerin oder eines Pfarrers oder ein typisches spirituelles Profil einer Gemeinde kommen so jeweils situationsbezogen den Nachbargemeinden zugute. Bei einer statisch festgelegten funktionalen Arbeitsteilung hingegen bestehen zwei Gefahren: Zum einen könnte sie von einzelnen Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern dahingehend missverstanden werden, nur noch ihr Steckenpferd zu pflegen und darüber andere Aufgaben zu vernachlässigen. Zum anderen droht die Aufgabenverteilung langfristig festgefahrenen Schemata zu folgen, die Innovation und Kreativität gerade verhindern: Wer schwerpunktmäßig für Jugendarbeit zuständig ist, wird es dann schwer haben, gute Ideen in anderen Bereichen verwirklichen zu können.

Wünschenswert sind daher Gemeinden mit einer bis maximal vier Pfarrstellen, die bei Bedarf in einem losen Verbund von etwa vier bis fünf Nachbargemeinden punktuell kooperieren. Bei bleibender Autonomie können für übergemeindliche Aufgaben Ausschüsse gebildet werden, denen ein gemeinsamer Haushalt

zur Verfügung gestellt wird. Die Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber vereinbaren Arbeitsschwerpunkte und vertreten einander, bleiben aber Ansprechpartner und Bezugsperson für ihre jeweilige Gemeinde.

3. Schließlich sollen nach dem Willen der Reformer die Grenzen der Kirchenkreise den kommunalen Grenzen angepasst werden. Dies kann sicherlich sinnvoll sein, wo sich die kulturelle, wirtschaftliche und politische Orientierung zu einem Ort bislang nicht mit der kirchlichen deckt. Zugleich aber will man die Zahl der Kirchenkreise insgesamt reduzieren, also nun wiederum Kirchenkreise so zusammenlegen, dass die neuen Einheiten zwei oder mehr kommunale Kreise bzw. kreisfreie Städte umfassen. Auch hier also plant man also die Schaffung unflexibler und unüberschaubarer großer Einheiten, anstatt eine flexible Kooperation kleiner Einheiten zu fördern.

   Man kann in solchen Umstrukturierungen nicht mehr als bloßen Aktionismus sehen: Dass dadurch die öffentliche Akzeptanz und Relevanz der evangelischen Kirche in irgendeiner Weise gesteigert wird, ist zu bezweifeln! Aber auch die erhofften Einsparungen könnten schnell verpuffen: Zwar kann man die eine oder andere Verwaltungskraft abbauen; doch wird oft vergessen, dass größere Räume eben auch einen erhöhten Aufwand in Form weiterer Wege und neuer Koordinationsebenen bedeuten.

Der Grundfehler der Reformvorlage liegt in der Annahme, dass Menschen sich mit der Kirche als solcher, ja womöglich sogar mit der westfälischen Landeskirche identifizieren (vgl. z. B. 28). In aller Regel jedoch findet die Identifikation über die Gemeinde und die Pfarrerin bzw. den Pfarrer vor Ort statt. Zu Recht werden deshalb Fusionen mit Nachbargemeinden als Bedrohung für die gemeindliche Identität empfunden, weil sie einen Verlust an ideeller, personeller und finanzieller Autonomie mit sich bringen. Kirchliche Planungsgremien sollten sich hüten, diese Haltung einfach als rückwärts gewandt und unflexibel zu diffamieren. Vielmehr muss positiv anerkannt werden, wie gefestigt bei vielen Menschen die Verbundenheit mit ihrer Heimatgemeinde ist. Beim Versuch, mit immer weniger finanziellen Mitteln möglichst effizient verlorene Klientel zurückzugewinnen, gerät häufig aus dem Blick, dass es vielerorts immer noch funktionierende Kerngemeinden gibt, die (gegebenenfalls unter entsprechender Anleitung) durchaus eine Art missionarische Ausstrahlung entfalten könnten.

Das Diskussionspapier stellt zu Recht fest, dass die Kirche in der „Wahrnehmung und Wertschätzung“ (96) der eigenen Mitglieder großen Nachholbedarf habe. Doch immer noch sind in den meisten Gemeinden Pfarrerinnen und Pfarrer die Vorsitzenden des Presbyteriums, sind Synoden, Leitungsgremien und Ausschüsse überproportional mit Hauptamtlichen besetzt. Nicht auf Grund der Anzahl der Stellen ist also die so genann-

te Pfarrerkirche ein Problem, sondern hinsichtlich des innerkirchlichen Demokratieverständnisses[3]. Eine konstruktive Mitwirkung aller an der Gestaltung kirchlicher Strukturen erreicht man jedoch gewiss nicht durch vorgefertigte Reformpläne, die allenfalls der Form halber in den üblichen Gremien noch einmal diskutiert werden[4]. Man kann daher nur hoffen, dass sich in Kirchenkreisen und Gemeinden Widerstand regen wird gegen die überstürzten und allzu einfachen Lösungen von Kirchenbürokraten, Karrieristen und vermeintlich kreativen Köpfen[5].

Anders als immer wieder behauptet wird, stehen nämlich bei einer Veränderung der Strukturen ausschließlich finanzielle Aspekte im Vordergrund. Sie mag hier und dort hilfreich sein, ist jedoch kein probates Mittel gegen die allgemeine Sinnkrise der Volkskirche. Es wäre kurzsichtig, auf Grund akuter Ratlosigkeit gewachsene Identitäten so einfach über den Haufen zu werfen. Natürlich sind ein professionelles Gemeindemanagement, verbesserte Kooperationen zwischen Nachbargemeinden sowie effektive Verwaltungsstrukturen auf Kirchenkreisebene notwendig und wünschenswert. Die Orientierung an quantitativer Effizienz darf jedoch nicht dazu führen, dass die Kirche sich qualitativ noch weiter von den Menschen entfernt. Die Möglichkeit intensiver persönlicher Beziehungen (sowohl zwischen Pfarrerin bzw. Pfarrer und Gemeinde als auch der Gemeindeglieder untereinander) darf nicht in der Anonymität eines zielgruppenorientierten Dienstleistungsunternehmens untergehen.

Die Chance der so genannten Volkskirche liegt gerade in der parochialen Struktur, die die Gemeinschaft der Menschen, die in einem Stadtteil zusammenleben, stärkt. In dieser können sich die spirituelle, soziale und diakonische Dimension des christlichen Glaubens lebensnah verwirklichen. Sicherlich darf eine solche Gemeinschaft nicht als einengend empfunden werden; darum müssen verschiedene Verbindlichkeitsgrade für

[3] Schon ein Vergleich der Liste der am Reformpapier beteiligten Personen mit dem landeskirchlichen Adressverzeichnis der Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber spricht in dieser Hinsicht Bände!

[4] Der Paderborner Theologieprofessor Hans-Martin Gutmann macht an einigen Stellen der Reformvorlage sogar einen militärähnlichen Führungsstil aus: Demokratie komme als positives Leitbild nicht vor; vielmehr würden die presbyterialen Traditionen als Effektivitätshindernis dargestellt. Er beklagt, dass jeglicher Bezug auf die Barmer Theologische Erklärung fehlt. Vgl. Waschelitz, U.: Was die Kirche zur Kirche macht. Theologieprofessor Hans-Martin Gutmann kritisiert die Reformvorlage, in: Unsere Kirche 48 / 2000, 5.

[5] Auch der Journalist Christian Nürnberger befasst sich in seinem neuen Buch kritisch mit Marketingkonzepten der Kirche und bemerkt polemisch: „Ich ermuntere die Pfarrer [...], die Institution des deutschen Pfarrhauses gegen die verrückt gewordenen Kirchenleitungen zu verteidigen. Ich hoffe sehr, der aberwitzige Versuch [...], der siechen Kirche durch Schamanentänze um ihr Krankenbett auf die Beine zu helfen, möge an der Aufsässigkeit und dem Selbstbewusstsein unserer Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter scheitern.“ (Nürnberger, C.: Kirche, wo bist du?, München 2000, 38.)

die Teilnahme am Gemeindeleben ermöglicht werden, z. B. neben festen Gruppen projektorientierte Arbeit. Um der Vielfalt von Bedürfnissen gerecht zu werden, müssen die unterschiedlichen funktionalen Schwerpunkte benachbarter Gemeinden stärker konturiert und besser koordiniert werden. Dies darf jedoch nicht zu Lasten eines breiten kirchlichen Grundangebotes vor Ort gehen.

In der westfälischen Reformvorlage heißt es: „Viele Menschen fühlen sich vom pluralen Erscheinungsbild der Kirche nicht mehr angesprochen [...] Es ist nicht erkennbar, wofür wir mit diesen Angeboten als Kirche eigentlich stehen.“ (23) Bei aller Zielgruppenorientierung muss deshalb der Akzent darauf liegen, dass die Gemeinde eine Erfahrungs-, Dienst- und Kommunikationsgemeinschaft ganz unterschiedlicher Menschen sein soll (1. Kor 12; Gal 3,28), wie sie in unserer ausdifferenzierten Gesellschaft sonst kaum noch irgendwo zu finden ist. Die Kirche hat wie keine andere Institution die Möglichkeiten, Gelegenheiten zu schaffen, bei denen Menschen mit verschiedenen Interessen, Erfahrungen und Lebenshintergründen sich in ihrem sozialen Umfeld begegnen, sich über Gott und die Welt austauschen und miteinander feiern können. In überschaubaren Gestaltungsräumen in Form kleiner, eigenverantwortlicher und miteinander kooperierender Parochialgemeinden wird sich am besten die wünschenswerte Vielfalt kirchlichen Lebens mit einem Gefühl der Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit verbinden lassen.

25. Juli 2001

Lars Klinnert
Diplom-Theologe
Letterhausstraße 35
58099 Hagen
E-Mail: lars.klinnert@ruhr-uni-bochum.de